

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

23.11.1927 (No. 273)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM, einsch. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 cm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Staatsmedaille

Das Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 21. d. M. beschlossen, entsprechend dem Vorgang in Preußen für besondere Verdienste um den Staat eine Staatsmedaille als Plakette zu verleihen. Die Verleihung kann an einzelne und an Personenvereinigungen erfolgen; sie soll der Ausdruck besonderer Anerkennung sein für verdienstvolles Wirken im Dienste der Allgemeinheit. Die Verleihung erfolgt durch das Staatsministerium; es wird eine besondere Urkunde darüber zu gefertigt werden. Außerdem wird besondere Bekanntgabe über die Verleihung im amtlichen Teil der „Karlsruher Zeitung“ erfolgen.

Die Städte gegen Dr. Schacht

W.V. Berlin, 23. Nov. (Tel.) In der heutigen Ausgabe des „Städtetages“, den Mitteilungen des Deutschen Städtetages, veröffentlicht der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, einen Aufsatz, in dem er sich eingehend mit den Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Vochum über die Finanzpolitik der deutschen Städte auseinandersetzt.

Dr. Mulert erklärt, daß kein Dollar, kein Gulden, kein Pfund der Auslandsanleihen für sogenannte unproduktive Zwecke ausgegeben worden ist. Die Auslandsgelder sind lediglich produktiven Zwecken zugeleitet. Die Erträge dieser mit Auslandsgeldern geschaffenen Werte haben nicht zu einer Belastung, sondern zu einer Entlastung des Steuerzahlers geführt. Überdies, so betont Dr. Mulert, machen die von den gesamten deutschen Kommunen aufgenommenen Auslandsanleihen nur 10 Prozent der deutschen langfristigen Auslandsverschuldung aus. Die gesamte langfristige Verschuldung (Zin- und Auslandsanleihen) der Gemeinden und Gemeindeverbände, die seit 1924 bis heute nur rund 2,5 Milliarden RM beträgt, steht in den letzten vier Jahren im Durchschnitt mit 100-200 Millionen RM jährlich gegenüber dem gleichen Zeitraum der Vorkriegszeit zurück. Die Belastung der öffentlichen Etats, durch die infolge der sogenannten nicht dringlichen Neuanlagen verursachten laufenden Ausgaben der Gemeinden beträgt nicht mehr als 0,5 Proz. Für die Neuanlagen selbst ist von den 42 Großstädten Deutschlands in den Jahren 1925-27 insgesamt ein Betrag von 104,05 Millionen RM aufgewendet worden.

Im zweiten Teile seiner Ausführungen wendet sich Dr. Mulert gegen die Auffassung des Reichsbankpräsidenten, von den „überflüssigen Luxusausgaben“, die in Wirklichkeit der Befriedigung der Bedürfnisse der Allgemeinheit dienen. Es geht, Beschäftigung für die ungeheueren beschäftigungslosen Massen durch Volkshandarbeiten zu finden. Hierzu wurden seitens der Reichsfinanz große Mittel zur Verfügung gestellt. Seitens der Städte ist in jener Zeit wiederholt und dringend angefordert worden, diese Mittel für Wohnungsbau freizugeben. Ihre Vorschläge wurden abgelehnt. Zum Schluß wendet sich Dr. Mulert gegen die Forderung Dr. Schachts nach einer zentralen Kontrolle über die lokalen Finanzen der Gemeinden.

Der Berliner Magistrat gegen Dr. Schacht. In der Annahme, daß die Vochumer Ausführungen Dr. Schachts sich besonders gegen Berlin und Köln richten, hat der Berliner Magistrat, einer Meldung der „B. Z.“ zufolge, den Stadtkammer beauftragt, eine Entgegnung auszuarbeiten. Voraussichtlich wird sich auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung mit den Ausführungen Dr. Schachts beschäftigen.

Die polnische Holzaußfuhr nach Deutschland. Das am Dienstag in Berlin paraphierte Abkommen über die Regelung der polnischen Holzaußfuhr nach Deutschland wird von der Warschauer Presse mit großer Befriedigung aufgenommen. In sämtlichen Berliner Meldungen wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dieses Abkommen als Auftakt einer kommenden deutsch-polnischen Wirtschaftsverständigung angesehen werden könne.

Zwischenfall in Weihenburg. Am Weihenburger Kulturmagazin (Elsah) wurde ein Posten angebrochen. Die Untersuchung des Zwischenfalles hat jedoch ergeben, daß die Angelegenheit keinen politischen Hintergrund hat. Die Täter waren offenbar drei Beschäftigungslose, die sich in der Gegend der Schießstände herumtrieben.

Das neue belgische Kabinett soll sich aus vier Katholiken, vier Liberalen und zwei Christlich-Demokraten zusammensetzen. Die christlich-demokratische Partei hatte einstimmig beschlossen, sich an der Regierung zu beteiligen. Das neue Kabinett stellt eine Koalition zwischen Katholiken, Liberalen und Christlich-Demokraten dar. Ministerpräsident ist Jospar. Das Aufree hat Symans.

Am die Wiederaufstellung Coolidges. Im Weißen Hause zu Washington, wurde zu verstehen gegeben, daß Präsident Coolidge die Verbreitung von Petitionen, in denen um die Wiederaufstellung als Präsidentschaftskandidat ersucht wird, nicht billigt.

Verlängerung der Amtszeit des mexikanischen Präsidenten. Die mexikanische Abgeordnetenkammer hat der Ausdehnung der Amtszeit des Präsidenten Calles von 4 auf 6 Jahre ihre Zustimmung erteilt.

Berliner Tagesbericht

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)

Der Arbeitsplan des Reichstags

* Berlin, 23. Nov. (Priv.-Tel.)

Der Ältestenrat des Reichstages beschloß heute, vom Samstag dieser Woche bis Mittwoch nächster Woche einschließlich eine Pause in den Plenarsitzungen stattfinden zu lassen, um dem Haushaltsausschuß die Möglichkeit zu geben, während dieser Zeit die Besetzungsbearbeitung in erster Lesung zu erledigen.

Der Wohnungsausschuß müßte gleichzeitig das Mieter- und Kassenbuch bis dahin erledigt haben, da die Dauer des alten Gesetzes am 31. Dezember abläuft. Am Donnerstag nächster Woche soll die Wirtschaftsinterpellation der Sozialdemokraten, die sich auch mit der Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht beschäftigen wird, zur Beratung kommen. Zwischen Reichsregierung und Reichstag besteht Übereinstimmung darüber, daß die erste Lesung des Etats noch vor Weihnachten stattfinden soll.

Das Reichskabinett hat am Etatsentwurf für 1928

im ganzen 75 Millionen gestrichen. Der außerordentliche Etat weist einen Fehlbetrag von zahlenmäßig 914 Millionen auf, wovon 400 Millionen durch Schanzenweisungen gedeckt sind. Der Rest ist im wesentlichen für Bauten und Unternehmungen bestimmt. Er soll dadurch verringert werden, daß man die Arbeiten etwas verzögert.

„Eine Entstellung“

Unter dieser Überschrift äußert sich die „Tägliche Rundschau“ zu der Wiedereröffnung der Straßmannrede in Braunschweig durch den „Vorwärts“. Das sozialistische Organ habe versucht, aus dem Zusammenhang gerissene Äußerungen des Reichsaussenministers eine ganz falsche Deutung zu geben. Bei der Welterung über die fälschliche Wiedereröffnung von Weihnachtskrisen handele es sich um eine launige Bemerkung, aber selbstverständlich nicht um die Ankündigung von politischen Ereignissen. Was die Äußerung über die Koalition mit den Deutschnationalen angehe, so habe Dr. Straßmann auf eine Rede des deutschnationalen Abgeordneten Walltack Bezug genommen, worin dieser in Braunschweig ausgeführt habe, die Koalition sei keine Viehes-, sondern eine Vernunft- und sie werde sicher das Fest der silbernen Hochzeit nicht feiern. Dr. Straßmann habe diese Welterung des deutschnationalen Redners lediglich unterstrichen.

Ständiges Komitee für den Straßenverkehr

Das Ständige Komitee für den Straßenverkehr tritt in Genf zwecks Fortsetzung seiner Arbeiten am heutigen Mittwoch zusammen. Das Komitee arbeitet an der Vereinheitlichung der Regelung des Straßenverkehrs und der Signalisierung auf den Landstraßen und in den Städten. Die Konferenz über den Straßenverkehr vom April 1926, die in Paris stattfand, hat eine Konvention ausgearbeitet, die jedoch vorläufig nur von einer kleinen Zahl von Staaten angenommen werden konnte. Da diese Konvention aber nur einige allgemeine Prinzipien enthält, dürften die Arbeiten des Ausschusses noch sehr umfangreich sein und sich vorzugsweise mit der Vereinheitlichung der Verkehrsregeln und Warnungstafeln für den Kraftwagenverkehr beschäftigen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern mit dem Stande der deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen und mit der Rhodus-Angelegenheit.

Die Frage des Reichschrennmal. In Berliner parlamentarischen Kreisen wird erneut die Frage des Reichschrennmal erörtert. Der Vorschlag zur Schaffung eines Reichschrennmal soll in der nächsten Zeit erneut dem Reichskabinett unterbreitet werden, und wie es heißt, soll als Ort für das Ehrenmal die thüringische Städtchen Verfa die größte Aussicht haben.

Bayerische Volkspartei und Zentrum. Die Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei hat, wie aus München gemeldet wird, in einer Sitzung, der auch Ministerpräsident Dr. Held mit den übrigen Parteiministern beimohnte, beschlossen, den Regensburger Abmachungen zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum zuzustimmen.

Zerstückung der Ebertsche in Banken. Zwei Nationalsozialisten, die die Ebertsche in Baden umgebracht hatten, wurden vom Baugener Schöffengericht zu 250 bzw. 150 M Geldstrafe verurteilt, wobei ihnen Mitzenshaftung zugesprochen wurde. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

Die Lage in der Zigarrenindustrie. Morgen tritt in Baden der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Sitzung zusammen. Wie der „Vorwärts“ erfährt, wird der Bundesausschuß in dieser Sitzung auch zu der Auslieferung in der Zigarrenindustrie Stellung nehmen.

Die französischen Kommunisten. Durch fortgesetzte kommunistische Obstruktion wurde in der französischen Kammer am Dienstag die Erledigung des Marinebudgets, unmöglich gemacht.

Die russische Delegation für die Abrüstungskonferenz ist nach Genf abgereist.

Die Lage der italienischen Wirtschaft

Die italienische Regierung erkannte von vornherein in der Aufwertung und Stabilisierung einerseits und in der Anpassung der Wirtschaft an das nun höher liegende Kursniveau andererseits zwei verschiedene Aufgaben, welche mit der Lösung des italienischen Währungsproblems verbunden sind. Mit großer Energie und einer manchmal geradezu genialen Geschicklichkeit wurde die erste der beiden Aufgaben rasch gelöst. Innerhalb weniger Monate gewann die Lira um mehr als 40 Prozent und seit Mai dieses Jahres blieb der Kurs nach geringen Rückschlägen mit 4,36 für eine Reichsmark stabil. — Dagegen bietet die Anpassung der inneren Kaufkraft der Lira an ihren nun auf ausländischen Märkten erreichten Wert überaus große Schwierigkeiten, denen zufolge die Industrie und mehr noch die Landwirtschaft sich gegenwärtig in einer schweren Krise befinden. Alle von der Regierung unternommenen oder angeregten Maßnahmen zu einer entsprechenden Senkung des Preisniveaus haben nicht den erwarteten Erfolg gehabt und haben vor allem bisher auch nicht die Lage wesentlich zu erleichtern vermocht.

Zwar ist der Großhandelsindex seit August v. J. um reichlich ein Viertel gefallen. Angesichts der Kursbesserungen aber erscheint diese nun auch ins Stocken geratene Senkung als unzulänglich, zumal die damaligen Preise infolge der Inflationskonjunktur eine anomale Höhe erreicht hatten. Zudem haben die Importwaren, deren Preise sich naturgemäß automatisch mit der Kursbesserung um etwa 50 Prozent ermäßigten, an der Erreichung des Index einen erheblichen Anteil, dem das allgemeine Preisniveau der im Inland gewonnenen Erzeugnisse nicht entspricht.

Einer nachhaltigen Beeinflussung als nahezu gänzlich unzugänglich erweisen sich die Preise des Einzelhandels. Nur wo Geldschwierigkeiten oder Saisonauverläufe den Händler nötigen, werden sie um 10 bis 20 Proz. herabgesetzt und auch hier häufig nicht ohne vorherige fortrückende Höherzeichnung der betreffenden Artikel. Nach den bisherigen Misserfolgen sucht die Regierung nun mittelbar durch eine großzügige Ausgestaltung des Gewerkschaftswesens den Einzelhandel zu einer Senkung der Preise zu zwingen. Außerdem richten die großen Industrieunternehmen Lebensmittelverkaufsstellen für ihre Arbeiter und Angestellten ein. Dieser Weg bedeutet indessen noch keine Lösung des Problems. Der Rückgang des Umsatzes, den das einzelne Ladengeschäft infolge dieser Maßnahmen erleidet, führt zu verhältnismäßig höheren Unkosten und hat nach den modernen Erfahrungen meist eine Erhöhung der Aufschläge zur Folge gehabt.

Ohne eine vorherige Senkung der Lebenshaltungskosten hatte sich die Regierung bisher mit Rücksicht auf die Stimmung in den breiten Schichten der Arbeitnehmer geschont, ihr Einverständnis zu einer unpopulären Herabsetzung der Löhne und Gehälter zu geben. Nunmehr hat der faschistische „Inter-syndikalistische Zentralausschuß“ in engem Einvernehmen mit Mussolini Richtlinien für eine sofortige allgemeine Senkung der Löhne und Gehälter um etwa 20 Prozent erlassen.

In der Tat war diese Maßnahme sehr dringlich geworden; denn bisher haben die Industriellen neben der Landwirtschaft ziemlich einseitig unter den Folgeerscheinungen der Aufwertung gelitten. Der Inlandsabatz ist stark zurückgegangen, weil die Verbraucher zu den Preisen, welche der Kleinhandel heute noch fordert, nur dringend notwendige Anschaffungen machen, im übrigen aber mit Einkäufen zurückhalten. Inzwischen sinkt die tatsächliche Kaufkraft der Bevölkerung infolge der stark gestiegenen Arbeitslosigkeit und der sehr kritischen gewordenen Lage der für den italienischen Markt so überaus wichtigen Landwirtschaft. Indessen hat der Export noch nicht in dem an sich zu erwartenden Maße nachgelassen, weil die zahlreichen Geldschwierigkeiten zur Verwertung der überfüllten Läger drängen, der Verkauf aber über ein gewisses Maß hinaus im Inlande nur schwer und bei Gewährung sehr langfristiger Kredite erreicht werden kann. Die beim Export erzielten Preise decken indessen häufig nicht einmal die Selbstkosten, da die Durchschnittspreise der im Inland gewonnenen Rohstoffe nicht entsprechend und die Löhne und Gehälter bisher fast gar nicht gefallen waren.

Die Verluste der Industrie sind um so größer, als die Regierung sich in größerem Umfang beabsichtigten Be-

triebsbeziehungen energisch widersteht hat; es sei eine nationale Pflicht der Unternehmer, auszuharren und in schwierigen Zeiten früher erzielte Überschüsse im Interesse der Arbeiterschaft und des Gesamtwohles zuzusehen. — Auf die Dauer hat dieses reichlich drastische Mittel nicht verhindern können, daß die Zahl der Arbeitslosen und der unter 50 Prozent beschäftigten Kurzarbeiter auf über eine halbe Million angewachsen ist. Im Verhältnis zum Umfange der italienischen Industrie ist diese Ziffer nicht unbedeutlich und zwar um so mehr, als die faschistische Miliz einen erheblichen Teil derjenigen aufgenommen hat, die sonst arbeitslos sein würden. Die offiziellen Ziffern sind wesentlich niedriger, weil darin lediglich die von der „Nationalkassa für Sozialversicherungen“ unterstützten Arbeiter erfasst wird. Die unpopuläre Lohnherabsetzung, von welcher der Arbeiter begehrt noch hohen Lebenshaltungskosten empfindlich getroffen wird, propagandiert man dieser Lage zufolge mit dem Argument: die Senkung der Löhne wird die Arbeitsgelegenheiten vermehren.

Indessen verschließen sich auch die in Italien weniger gemordenen Optimisten nicht der Einsicht, daß auch dieses Mittel die Krisis nur mildern, nicht aber beseitigen wird. Unübersehbar bleibt vor allem die künftige Entwicklung der äußerst bedrängten Landwirtschaft, welcher die von der Regierung sicherlich energisch betriebenen kleinen Hilfsmaßnahmen vor der Hand bei weitem nicht in dem notwendigen Umfange zu helfen vermögen. Die auf über 60 000 angewachsene Zahl der monatlichen Wechselproteste sowie die jetzt erreichte Rekordziffer von monatlich über 1000 Konkursverfahren mahnen den Exporteur zur Vorsicht bei der Beurteilung der Zahlungsfähigkeit seiner italienischen Kundschaft, von der innerhalb kurzer Frist selbst als sehr solide geltende Firmen infolge der Zahlungsunfähigkeit ihrer Schuldner und mangelnder Abgabemöglichkeit in Schwierigkeiten geraten sind.

Angefaßt dieser Verhältnisse ist es verständlich, daß das Prestige des Duce in den Augen der Industrie und des Einzelhandels, der Arbeitnehmer und selbst der Landwirtschaft seit drei Monaten unverkennbar starke Einbußen erlitten hat, ohne daß allerdings auf absehbare Zeit seine hervorragende unterbaute Stellung gefährdet werden könnte. — Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß der in seiner Politik bekanntlich sehr wendige Mussolini angefaßt von schwerer Schäden sich doch eines Tages zur Aufgabe seiner bisher verfolgten Politik der Aufwertung entschließt, die er gegen seinen hervorragend tüchtigen Finanzminister Volpi und gegen die Industrie nicht ohne Kompromisse durchgesetzt hat. Am 10. Oktober hat er anläßlich der Eröffnung der internationalen Getreideausstellung indessen noch erklärt, daß die Landwirtschaft auf weite Sicht mit einem stabilen Kurs rechnen dürfe. Wenn das Land auch im Laufe der Jahre sicherlich die Folgen der Aufwertung überwinden wird, so geschieht das anscheinend doch nicht ohne bleibende erhebliche Verluste. Vorläufig sind die Verhältnisse jedenfalls äußerst schwierig, und für das Jahr 1928 ist außerdem mit starken Rückwirkungen auf die italienische Außenhandelsbilanz zu rechnen. Δ

Der Ausbau von Kraftwerken an den Mainkaustufen

In Beantwortung einer Anfrage im bayerischen Landtag teilte das Staatsministerium des Innern mit: „Die Annahme, daß die bayerische Regierung die Großschiffahrtsfrage in Franken vernachlässigt, entspricht nicht den Tatsachen. Es ist auch kein offensichtlicher Stillstand in der Förderung dieser Frage eingetreten. Dem, was hierüber geschrieben und gesprochen wurde, liegt vielmehr folgendes zugrunde:

Nach dem zwischen dem Reich und Bayern am 13. Juni 1921 abgeschlossenen Vertrag ist die Main-Donau-Wasserstraße unter Einhaltung eines nach wirtschaftlichen Grundsätzen aufzustellenden Bauprogramms auszubauen. Hiernach war auch die Frage zu prüfen, ob der Ausbau von Kraftwerken an den einzelnen Mainkaustufen wirtschaftlich ist oder nicht. Die Entscheidung dieser Frage hat sich als sehr schwierig erwiesen; bei den Verhandlungen hierüber sind von den Beteiligten verschiedene Auffassungen vertreten worden. Nunmehr ist durch Verhandlungen mit dem Herrn Reichsverkehrsminister, die zuletzt in München in der Zeit vom 29. bis 31. Oktober 1927 gepflogen wurden, die baldige endgültige Lösung der Frage sichergestellt worden. Seitens des Herrn Reichsverkehrsministers wurde hierauf die Zustimmung zur Ertelung des Zuschlags für die Bauarbeiten an der dritten Staustufe (oberhalb Aschaffenburg) Klingenberg gegeben. Der Zuschlag ist erteilt. Eine Demmung der Bauarbeiten an der Wasserstraße hat nicht stattgefunden, sie nehmen ihren planmäßigen Fortgang.“

Der neue Präsident des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung. Wegen Erreichung der Altersgrenze scheidet am 1. Dezember der bisherige Präsident des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung, Geh. Oberregierungsrat Scharner, aus. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichsratsitzung steht die Frage eines Nachfolgers zur Debatte. Der „Voss. Zig.“ zufolge ist zum neuen Präsidenten der Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium, Geh. Regierungsrat Rißel, ausersehen.

Die Kleinrentnerfürsorge. Im Reichstag fand eine interfraktionelle Besprechung über die Kleinrentnerfürsorge statt, an der der Reichsfinanzminister teilnahm. Eine Sonderbesprechung des Reichsarbeitsministers Dr. Braun mit Vertretern der Deutschen Nationalen schloß sich an. Es soll starke Ausdehnung auf ein Kompromiß bestehen, das den Kleinrentnern u. a. stärkere Garantien für die Innehaltung der Reichsrichtlinien in die Hand geben soll. Das Ausmaß der Beiträge zur Verringerung der Rot der Kleinrentner müsse mit der Finanzlage des Reichs in Einklang gebracht werden.

Zur Liquidation der Wologa. Die preussische Landtagsfraktion der Deutschvölkischen Freiheitspartei hat folgende kleine Anfrage eingebracht: „Die Wologa-Gesellschaft, für eingetretene ist, hat liquidieren müssen. Ist das Staatsministerium bereit, Aufschluß darüber zu erteilen, ob der preussische Staat und die Reichspost bei der Wologa-Gesellschaft Verluste erlitten haben und wenn ja, um welchen Betrag es sich handelt?“

Deutscher Reichstag

22. Nov.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Stöhr (N.S.) eine Erklärung zu den Vorgängen in der letzten Sitzung vor der Pause ab, wo durch seinen Einspruch die dritte Lesung und damit die Genehmigung des Vertrages für die Sozialrentner im Saargebiet verhindert wurde. Nach Erledigung kleinerer Vorlagen und Anträge folgt

die erste Beratung des deutsch-französischen Handelsvertrages.

Abg. Öhrle (Komm.) bezeichnet den Vertrag als ein neues Bekenntnis zur Hochschützpolitik.

Abg. Wiffel (Soz.) weist die Ansicht zurück, daß durch das deutsch-französische Handelsabkommen das hohe Zollniveau irgendwie gesenkt worden sei. Keine Industrie dürfe behaupten, daß sie bei dem Abkommen mit Frankreich „geopfert“ worden sei. Bei künftigen Handelsverträgen müßten wesentliche Zollvermindierungen eintreten. Das deutsch-französische Handelsabkommen entspreche nicht den Wünschen der Sozialdemokraten. Aber es bedeute doch einen weiteren Schritt auf dem Wege der deutsch-französischen Verständigung.

Abg. v. Nischhofen (Dem.) sieht in dem Abschnitt des Abkommens einen erheblichen Fortschritt. Im Interesse des deutschen Weinhandels müsse aber ein anderes Verfahren bei der Verzollung der Weine in den Zollagern verlangt werden.

Ministerialdirektor Hoffe vom Reichswirtschaftsministerium erklärt, die im Oktober begonnenen Verhandlungen mit der französischen Regierung über den Warenaustausch mit dem Saargebiet seien in den letzten Tagen wieder aufgenommen worden. Aber die Verzollung der noch in den Zollagern liegenden französischen Weine seien gerade jetzt Beratungen im Gange. Zu der Frage der allgemeinen Zollsenkung werde sich die Regierung bei der Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation äußern.

Damit schließt die Aussprache.

Der Vertrag wird in erster und zweiter Beratung angenommen. Der sofortigen Vornahme der dritten Beratung widersprechen die Nationalsozialisten.

Um 17.15 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 16 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht u. a. die dritte Beratung des deutsch-französischen Handelsabkommens.

Auf eine Bemerkung des Abg. Dr. Fris (N.S.) teilt Präsident Loh mit, daß die Regierung die Vorlage für die Sozialrentner im Saargebiet zurückgezogen habe, weil die Angelegenheit inzwischen im Verhandlungswege erledigt worden sei.

Dr. Kurt Sorge über die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. In einem Aufsatz in der Londoner „Financial Times“ schreibt Dr. Kurt Sorge, M. D. N., und Ehrenpräsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die wirtschaftliche Lage der Welt und besonders Europas und Deutschlands sei sehr ernst. Aufgabe des Völkerbundes müsse es sein, durch Herstellung freundlicher politischer Beziehungen ein enges wirtschaftliches Zusammenarbeiten zwischen den europäischen Ländern zu ermöglichen.

Die Regierungsbildung in Hessen. Der Landesvorstand und der Landesausschuß der Sozialdemokratischen Partei Hessens nahmen einstimmig eine Kundgebung an, in der es heißt: In der Frage der Regierungsbildung sind Landesvorstand und Landesausschuß der Auffassung, daß ihr die Bedeutung der Sozialdemokratischen Partei als der weitaus stärksten Fraktion auch im neuen Landtag entsprechende ausschlaggebende Stellung eingeräumt werden muß.

Aufhebung des Sichtvermerkszwanges mit Jugoslawien. Am 22. November hat zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dem Gesandten des Königreiches von Jugoslawien ein Notenwechsel stattgefunden, durch den der Sichtvermerkszwang im deutsch-jugoslawischen Verkehr vom 5. Dezember ab aufgehoben worden ist. Die fremdenpolizeilichen Bestimmungen beider Länder über Aufenthaltsgenehmigungen u. dgl., werden dadurch nicht berührt.

Amerika gegen eine neue Flottenaufrüstungskonferenz. Die aus London gemeldeten Andeutungen, wonach Großbritannien den Wunsch hege, daß eine neue Flottenaufrüstungskonferenz einberufen werde, werden in Washington mit geringer Begeisterung aufgenommen. Besonders in Marinetreien befürchtet man, daß eine Erneuerung der Genfer Konferenz und das nachträgliche Einlenken des britischen Admiralstabes die Ausfichten, den Kongreß zur Vergrößerung des Bestandes an amerikanischen Kreuzern zu bewegen, sehr verringert würde.

Kurze Nachrichten

Widertritt des estnischen Kabinetts. Das Kabinet Leemant ist, wie aus Reval gemeldet wird, zurückgetreten, nachdem das Parlament einem sozialistischen Antrag in der Frage der Satzungen der neuen Hypothekbank zugestimmt hatte, den die Regierung bekämpft hatte.

Das Tabellenvotum der englischen Arbeiterpartei. Im englischen Unterhaus teilte Baldwin mit, daß der Arbeiterpartei am 29. d. M. Gelegenheit zur Aussprache über das von ihr in Verbindung mit der Lage in der Kohlenindustrie beantragte Tabellenvotum gegen die Regierung gegeben wird.

Verkauf einer ganzen Stadt. Die englische Stadt Bostle, eine Stadt mit 22 000 Häusern, wurde von ihrem Eigentümer, Lord Derby, zum Preise von 1 750 000 Pfund Sterling verkauft. Mit Ausnahme der Docks gehörte Lord Derby die ganze Stadt.

Das Stärkeverhältnis innerhalb der russischen kommunistischen Partei. Die Moskauer „Pravda“ meldet, daß seit dem 30. Oktober, dem Beginn der Vorkongreßdiskussion, bis zum 22. November in den in verschiedenen Orten der Sowjetunion abgehaltenen Parteiverfassungen sich für die Linie des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der U.S.S.R. 155 525 Parteimitglieder ausgesprochen hätten, dagegen 8264 oder 0,6 Proz.

Ausstellung Freiburger Maler und Bildhauer. Der Kunstausstellung der Badischen Sezession ist im Rahmen des einhundertjährigen Jubiläums des Freiburger Kunstvereins die Sonderausstellung der Freiburger Maler und Bildhauer gefolgt. Sie wurde am Sonntag mittag im Kunstvereinsgebäude in Freiburg mit einer Ansprache von dem Vorsitzenden des Kunstvereins, Bürgermeister Dr. Hofner, eröffnet. Von den auf der Ausstellung vertretenen Künstlern sind zu nennen: Adolf Juch, Alfred Reiz, Hermann Gebri, Jul. G. Biffier, Geh. Bittner, Rud. Großmann, Th. Kammerer, Wilhelm Haller und Wilhelm Ganemann. Die Ausstellung wird bis zum 31. Dezember dauern.

Vom Heidelberg Institut für Zeitungswesen. Dr. Walter Geide wurde als Vertreter des Auswärtigen Amtes — Presseabteilung der Reichsregierung — in den Verwaltungsrat des Instituts für Zeitungswesen an der Universität Heidelberg entsandt. In der gleichen Eigenschaft ist Dr. Geide bereits Mitglied des Deutschen Institutes für Zeitungswesen in Berlin.

Badischer Landtag

23. Karlsruhe, 23. Nov.

Im Gegensatz zu früher vollzieht sich im Freistaat Baden seit 8 Jahren die Eröffnung des Parlaments ohne besondere Formlichkeit und Feierlichkeit. In üblicher Weise gehen Gottesdienste in den Kirchen beider Konfessionen voraus. Nur äußerlich zeigt sich am alten Weinbrennerbau in der Ritterstraße, von jeder Ständehaus genannt, durch die Beflaggung in den Reichs- und badischen Farben, daß „etwas los“ ist. So auch heute. Gleichwohl ist die Publikums-tribüne dicht besetzt. Das Haus ist fast vollzählig versammelt.

Am Regierungstisch: Staatspräsident Dr. Traut und Minister Dr. Kemmle. Auf den Bänken der Kommunisten ist eine Änderung eingetreten. Der aus der Partei ausgeschlossene Abg. Ritter sitzt nun allein, während der Abg. Reicheiter „bürgerlich“ ist und neben seinen Freunden Bod und Schreck Platz genommen hat.

Präsident Dr. Baumgartner, der nach der Geschäftsordnung den Vorsitz bis zur Neuwahl weiterführt, eröffnet 11.10 Uhr die Sitzung und damit den neuen Tagungsabschnitt.

Es folgt sofort die

Wahl des Präsidenten, die vom 1. Vizepräsidenten Maier geleitet wird. Von 69 anwesenden Abgeordneten stimmen 68 ab. Davon erhält Dr. Baumgartner 63 Stimmen, ist also wiedergewählt, drei Stimmen fielen auf den kommunistischen Abgeordneten Bod, eine auf Abg. Duffner (Ztr.). Ein Zettel war weiß. Abg. Dr. Baumgartner übernahm das Präsidium mit dem Ausdruck herzlichsten Dankes für das wiederholt bewiesene Vertrauen und der Versicherung objektiver Geschäftsführung. Es folgt die

Wahl des 1. Vizepräsidenten. Als solcher wird Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) mit 65 Stimmen wiedergewählt.

Die Wahl des 2. Vizepräsidenten fällt mit 56 Stimmen erneut auf den Abg. von Ku (Bürg. Vgg.). Beide nehmen die Wahl an.

Die bisherigen Schriftführer Amann (Ztr.), Frau Fischer (Soz.), Frau Straub (Dem.), Wilsler (D. Vp.) und Joller (Bürg. Vgg.) werden durch Juro gleichfalls aufs neue bestellt.

Der Präsident verliest sodann die

Eingänge

die sich wie immer nach einer längeren Pause zu einem großen Bündel angehäuft haben.

Unter den Regierungsmittellungen befindet sich ein Gesetzentwurf über die Vereinigung des Hauptortes Andelsheim mit der Stadtgemeinde Überlingen.

Ein Antrag der Bürgerlichen Vereinigung betrifft die Abkündigung bei der Neuregelung der Beamtenbesoldung. Kommunistische Anträge befassen sich mit der Aussperrung der Tabakarbeiter und wollen eine Winterbeihilfe für die Unterstützungsempfänger.

Ferner liegen vor

Frühliche Anfragen des Zentrums betr. die Aussperrung der Zigarrenarbeiter, der Bürgerl. Vereinigung betr. die Notlage der badischen Landwirtschaft, sowie betr. badische Schulverfassung und Reichsschulgesetzentwurf. — Auch das Zentrum interpelliert wegen der Notlage der Landwirtschaft, die Deutsche Volkspartei in Sachen des Reichsschulgesetzes, während eine kommunistische Interpellation das Verhalten der Schulpolizei bei Umzügen zum Gegenstand hat.

Sehr zahlreich sind die eingehenden

Gesuche

zur Besoldungsordnung, Steuerfragen usw.

Der nach Frankfurt verzogene Abg. Dees teilt die Niederlegung seines Mandats mit.

Die Mitteilung des Abg. Ritter, daß er aus der kommunistischen Partei und auch aus der Landtagsgruppe ausgeschieden sei, wird mit Zurufen „Hört, hört“ und Heiterkeit quittiert. Der Präsident bemerkt, daß Abg. Ritter nun fraktionslos sei. Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Mein! Wider! Erneute Heiterkeit.

Vom früheren Abg. Stadtrat Monck, Offenburg, ist auf den Glückwunsch des Präsidenten zum 80. Geburtstag ein Dankschreiben eingegangen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung berichtet der neugewählte Vorsitzende des Geschäftsausschusses.

Abg. Dr. Döhrcher (D. Vp.) über

Die Nachfolgerschaft des Abg. Dees.

Für ihn tritt Fabrikant Otto Burkard, Präsident des Landesverbandes bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen (in Heidelberg wohnhaft), in den Landtag ein. Er wird vom Präsidenten begrüßt und dem Hause vorgestellt.

Inzwischen hat der Abg. Ritter den Präsidenten wissen lassen, daß er sich als „linker Kommunist“ bezeichne.

Das Haus nimmt unter Heiterkeit davon Kenntnis.

Außerhalb der Tagesordnung beantwortet

Finanzminister Dr. Schmitt sofort zwei

Kurze Anfragen

betr. die Entlassung von Staatsarbeitern. Es handelt sich dabei um die Arbeiter in den Pfistersteindrühen.

Der Minister erklärt: Mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, zur Zeit überhaupt Ansehen zu bekommen und im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die sich bei Aufstellung eines jeden Voranschlags ergeben, hat die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues geglaubt, die vorläufige Kündigung sicherstellen zu müssen. Nach Rücksprache mit der Oberdirektion habe ich gestern angeordnet, daß die vorläufige Kündigung nicht vollzogen wird und die Betreffenden davon unberührt in Kenntnis zu setzen sind.

Alsdann berichtet Abg. Seubert (Ztr.) über die Prüfung der Rechnung der Amortisationskasse für das Rechnungsjahr 1926 im Landständischen Ausschuss.

Das Haus stimmt dem Antrag, die Rechnung für unbeantwortet zu erklären, mit allen Stimmen, bei Stimmenthaltung der Kommunisten, zu.

Abg. Dr. Glodner (Dem.) erstattet namens desselben Ausschusses Bericht über die Prüfung der Rechnung des Domänengrundbuchs für 1926. Diese passiert gleichfalls unbeantwortet. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung nachm. 4 Uhr: Wahl des Staatspräsidenten.

— Schluß nach 11 Uhr.

Eingänge

Zur Aussperrung in der Zigarrenindustrie hat die Zentrumsfraktion im Landtag eine frühliche Anfrage folgenden Inhalts eingebracht: „Was gedenkt die badische Regierung zu tun, um eine weitere Ausdehnung der Aussperrung zu verhindern? Ist die badische Regierung bereit, sofort beim Reichsarbeitsministerium sich zu verwenden, damit von dort die Schritte unternommen werden, die eine Beendigung der Aussperrung schnellstens ermöglichen? Was gedenkt die badische Regierung zu tun, um der Notlage, die durch die Aussperrung entstanden und weit über die Aussperrten hinaus einen großen Teil der badischen Bevölkerung trifft, zu steuern?“

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Seibelberg, 22. Nov. In der Aula des Neuen Kollegienhauses fand heute vormittag, am Geburtstage des Erneuerers der Universität, des Großherzogs Karl Friedrich, die übliche Jahresfeier des Rektoratswechsels mit Preisverteilung statt. Nach dem Bericht des bisherigen Rektors, Prof. Panzer, sprach der neue Rektor, Prof. Dr. Dibelius, über die Beziehungen des Christentums zur Kultur.

Dr. Mosbach, 23. Nov. Nach langem schweren Leiden ist im Alter von 58 Jahren Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger Hermann Hermann verstorben. Der Verstorbene hat das „Mosbacher Volksblatt“ als Parteiorgan der Zentrumspartei vor 35 Jahren gegründet.

Seelbach (bei Badr), 22. Nov. Auf 1. Dezember wird das Gedenkheim Großherzog-Friedrich-Stiftung Tretenhof bei Seelbach seinen Betrieb hier einstellen, um den Betrieb im Kurhaus Sand neu zu eröffnen. Das Anwesen wurde dem Verkauf ausgesetzt.

Dr. Freiburg i. Br., 22. Nov. Wegen des Eisenbahnunfalls bei Gundelfingen hatten sich heute — wie schon gemeldet — vor dem Schöffengericht Freiburg die drei Eisenbahnbeamten Zugführer Emil Feisch, Freiburg, Lokomotivführer Ringeler, Freiburg, und der Stellwerksmeister Richard Meybrunn, Gundelfingen, wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransports zu verantworten. Am Unglückstag war ein Blotsignal gestört, was den beiden ersten Angeklagten bekannt war. Sie waren der Auffassung, daß das gesamte Stellwerk Gundelfingen gestört sei, und überfahren daher ein Haltsignal. Von dem angeklagten Zugführer wird geltend gemacht, daß er sich seit 4 Uhr morgens im Dienst befunden habe. Der Lokomotivführer behauptet, nur auf Anweisung des Zugführers weitergefahren zu sein. Der Stellwerksmeister soll veräußert haben, den beiden sich freuziehenden Zügen Haltsignale zu geben. Er bestreitet, dazu noch in der Lage gewesen zu sein, als er den Güterzug kommen sah. Die Gutachter ziehen alle auf dem Standpunkt, daß das Verschulden der beiden ersten Angeklagten erwiesen sei; ein Haltsignal dürfe auf keinen Fall überfahren werden. Das Urteil lautete gegen den Angeklagten Ringeler auf 200 M. Geldstrafe, gegen den Stellwerksmeister Meybrunn wurde freigesprochen.

Hb. Triberg, 23. Nov. Ein schweres Jagdunfall betraf den etwa Mitte der Sechziger Jahre stehenden Fabrikbesitzer Leopold Scher, den ältesten Inhaber der Schwarzwälder Metallwarenfabrik in Triberg. Durch einen unglücklichen Zufall entlud sich sein eigenes Gewehr und die Ladung traf Scher tödlich in die Brust. Scher war weit im Schwarzwald bekannt. Das Unglück hat sich im Gebiet des unteren Ringjales zugetragen.

Strasbourg, 22. Nov. Die vor einiger Zeit zusammengestürzte Goetheshöhle in Seseheim ist neu aufgebaut und dieser Tage eingeweiht worden. Die Kosten für den Wiederaufbau sind aus freiwilligen Beiträgen der Gemeinden Seseheim, Statten und Dalshausen, sowie der Stadt Strasbourg in Höhe von 25 000 und 6000 Franken und einem weiteren Beitrag von 17 000 Franken aus Deutschland bestritten worden.

Offiziere a. D., z. D. Staatsbeamte, Justizbeamte (Advo. katen), Lehrer und Gelehrte, Privatbeamte, Schriftsteller und Journalisten, Handwerker, Arbeiter, Angestellte. Der parlamentarische Führer. Zusammenfassende Schlussbemerkung. Die deutsche parlamentarische Repräsentation macht zweifellos seit Beginn des Jahrhunderts eine Krise durch, die von den historischen Begebenheiten der letzten 8 Jahrzehnte bedingt wird. Zu untersuchen, welche Wirkung die berufliche Niederung der Abgeordneten deutscher Parlamente auf die parlamentarische Arbeit und die Regierung ausübt, aber auch auf welche Weise Interessentendungen wirtschaftlich-kultureller sozialer Art, durch Krieg und Kriegsende oft zur Brutalität gesteigert, die Berufsgruppenverteilung zuwege bringen, ist die Aufgabe dieser Arbeit. Auf der Grundlage eines reichen statistischen Materials wendet sie sich nicht nur an den Parlamentarier, sondern auch an alle staatspolitisch und soziologisch Interessierten.

Handel und Wirtschaft
Berliner Preisnotierungen

	23. Nov.	22. Nov.
Amsterdam 100 G.	168.87	169.09
Kopenhagen 100 Kr.	112.15	112.21
Paris 100 F.	22.78	22.78
London 100 £.	20.397	20.437
Wien 100 Schilling	4.1890	4.1840
Prag 100 Kr.	16.44	16.45
Schweiz 100 Fr.	80.67	80.68
Wien 100 Schilling	58.96	58.97
Prag 100 Kr.	12.394	12.40

Bücheranzeige

Kamm Dr. Walther: Abgeordnetenberufe und Parlament. Ein Beitrag zur Soziologie des Parlamentarismus. (Sozialwissenschaftliche Abhandlungen IV) IV, 68 Seiten, brosch. 3 M., Karlsruhe 1927. Verlag G. Braun. — Inhalt: Entstehung und Aufgabe. Zur Methodologie der Arbeit: Material und Auswahl zur Berufstatistik der Parlamente. Einleitungsgrundsätze. Die Berufsgruppen. Die Abgeordnetenberufe: Landwirte, Kaufleute, Staatsbeamte, Beamte.

Spendet für die Kinder-Weihnachtsbescherung!

Noch ein paar Wochen trennen uns von dem Weihnachtsfest, dem Fest der Freude, das tätige Menschenliebe in aller Herzen entzündet.

Tausende von armen Kindern

unserer Stadt werden an diesem Feste nur Not und Elend schauen, keine Weihnachtsfreude wird ihnen im Kreise der Eltern bereitet werden, keine Christbaumlichter ihnen brennen. Diesen Armen gilt es auch in diesem Jahr wieder eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten.

In den letzten Jahren konnten dank der Mithätigkeit der hiesigen Bevölkerung für 1100 Kinder gemeinsame Weihnachtsbescherungen unter dem brennenden Christbaum in der Festhalle abgehalten werden.

rufen die Karlsruher Bevölkerung

zur Unterstützung einer Weihnachtsbescherung der armen Kinder der Stadt Karlsruhe auf und eröffnen hiermit die diesjährige öffentliche Sammlung. Arbeitslosigkeit und Krankheit haben in mancher Familie Sorge und Elend gebracht. Trotz der Not der Zeit ist es daher Pflicht aller derjenigen, die noch imstande sind, ihre Arbeitskraft nutzbringend zu verwenden, hier zu helfen.

Das Weihnachtsfest öffne die Herzen und Hände!

Spendet vor allem warme Kleider und Wäsche, bringt unverderbliche Lebensmittel herbei, öffne die Geldbörse, sammelt in Gesellschaften, an Bierischen, bei Vereinsfestlichkeiten und wo sich sonst Gelegenheit bietet. Niemand in der ganzen Stadt sollte in diesem Jahre im eigenen Heime Lichter des Christbaums anzünden, der nicht sein Süßlein für die Kinderweihnachtsbescherung beigetragen hat.

Am Heiligen Abend soll der notleidende Teil der Bevölkerung das Gefühl haben, daß alle gemeinsam das schwere Schicksal tragen wollen. Darum gebet für die hungernden und frierenden Kinder!

Laßt die sehnsüchtigen Blicke der armen Kinder nach den Weihnachtsauslagen der Geschäfte nicht unerfüllt.

Der Badische Frauenverein vom Roten Kreuz hat sich auch in diesem Jahre bereit erklärt, gemeinsam mit der Karlsruher Lehrerschaft die Organisation der Weihnachtsbescherung zu übernehmen. Die Stadtverwaltung hat den großen Festsaal wiederum kostenlos zur Verfügung gestellt.

Naturalien und Kleiderpenden, auch Geldgaben sollen an die Geschäftsstelle des Badischen Frauenvereins, Zweigverein Karlsruhe, Kaiser-Allee 10, mit der Aufschrift „Weihnachtsgabe für die Karlsruher Kinderweihnachtsbescherung“ abgegeben werden.

Die Auswahl der zu beschenkenden Kinder erfolgt durch den Badischen Frauenverein im Benehmen mit der Lehrerschaft der Karlsruher Schulen und dem Städtischen Fürsorgeamt. Anmeldungen von Kindern zur Weihnachtsbescherung können nur in den Schulen bei der Lehrerschaft erfolgen.

Leuchtende Kinderaugen

werden allen Spendern tausendfach danken! Darum gebt alle rasch und reichlich!

- „Badischer Beobachter“
- „Badische Presse“
- „Badische Zeitung“
- „Karlsruher Zeitung“
- „Residenzanzeiger“
- „Vollstreund“
- „Karlsruher Tagblatt“
- Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz, Zweigverein Karlsruhe.

Staats-Lotterie

Die Auszahlung der Gewinne aus der 2. Klasse, sowie die Erneuerung der Lose zur 3. Klasse der

30./256. Preuß.-Südd. Klassenlotterie

beginnt am Montag, 21. November in meinen beiden Geschäften. G. 915

Schluß der Erneuerung: 2. Dezember.

Für neu hinzutretende Spieler habe ich noch Kauflose in geringer Anzahl abzugeben.



Zwerg

Badischer Lotterie-Einnehmer
Karlsruhe i. B.
Hebelstraße 11 und Waldstraße 38
Telephon 4828
Postscheckk. 17808

Die Steinhauserarbeiten (rote Sandsteine u. Granit) sowie die Balzsteinlieferung für den Umbau des Aufnahmegebäudes in Mannheim sind nach den techn. Vorschriften für Bauleistungen vom August 1925, sowie der Verbindungsordnung für Bauleistungen vom Jahre 1926 öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingungen liegen bei der Hochbauabteilung 2 in Mannheim, Eingang Bartesaal 2. Klasse zur Einsicht auf. Dasselbst Abgabe der Leistungsbezeichnungen. Angebote sind verschlossen, postfrei, mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zum 5. Dezember 1927, vormittags 10 Uhr, an die unterzeichnete Stelle einzureichen. Zuschlagfrist drei Wochen. 9.954

Mannheim, 22. Nov. 1927.
Vorstand des Reichsbahnbaumeisters Mannheim 2.

NEUE FRAUENKLEIDUNG UND FRAUENKULTUR

INHALT DES WEIHNACHTSHEFTES 12

A U F S Ä T Z E :

Die Kunst des Schenkens R. von Delius
Gaben auf dem Weihnachtstisch E. Hoffmann
Gesellschaftskalender 1927/28 E. Schoch-Leimbach
Frauenschriften des XX. Jahrhunderts F. Radel
Neue Kinderbücher R. von Aichberger
Kunstgewerbliche Arbeiten von Frau E. Roth W. Greiser
Die deutsche Frau und das literarische Schaffen
Moderne Stoffspieldere Dr. M. Schefold
Pflege des Haares B. Kalb-Müller

B I L D T E I L :

Das Dezemberheft ist der gute Berater für die Weihnachtseinkäufe. Es vermittelt viele Anregungen, um dem Gabentisch frohe Festlichkeit zu verleihen und bringt in besonderer Reichhaltigkeit: Nachmittags- und Abendkleider, Mäntel, Kinderkleider, kunstgewerbliche Originalarbeiten aus Holz, Messing und Silber, moderne Stoffspieldere — und sinnvolle Gabentische für jedes Lebensalter und jeden Geschmack.

Mit diesem Heft haben wir bereits den weiteren Ausbau unserer Zeitschrift durch Umfängerweiterung begonnen. Der neue 24. Jahrgang wird diesen nach der praktischen und unterhaltenden Seite bei gleichem Preise fortsetzen, so daß unsere Monatsschrift in noch umfassender Weise die Fragen über

KLEIDUNG HAUSHALT ERZIEHUNG
KUNSTGEWERBE KÖRPERKULTUR LITERATUR
beantwortet.

Unsere Mode- und Kulturzeitschrift dient dem Leben, der Zeit, der Unterhaltung, dem Geschmack. Sie bereiten mit einem Abonnement Ihren Freundinnen und Bekannten zum Fest dauernde Freude!

12 HEFTE · G. BRAUN · XIII. JAHRG. 1927
KARLSRUHE · WIEN · MÜNCHEN · BERLIN

Böhmischer Verdienst durch Einrichtung eines Kaffergeschäftes.

Baden nicht nötig. Für Baden 200—600 M. erforderlich. Off. unter D. C. 7935 befördert Rudolf Woffe, Dresden. G. 920



Badisches Landestheater

Donnerstag, 24. Nov. 1927
Auser Miete
Einmaliges Gastspiel
Tamara Karawina
mit ihrem Partner
Keith Bester
Musikalische Leitung:
Hans Oswald Henlein

1. Ouvertüre | Chopin
2. Balzer |
3. Variationen |
aus d. Ballett | Glasunow
Meimonda |
4. Beierkasten | Gossen
5. Zwischenmusik | Tschai
6. Russischer Tanz | Lowitz
7. Menuett | Händel
8. Zwischenmusik | Mozart
9. Schützenfahrt | Weber
10. Geiß der Hofe |
11. Zwischenmusik | Ranner
12. Wiener Walzer |
13. Schottischer Tanz | Volkweise
14. Pas de deux aus dem Ballet „Sylvia“ | Delibes
15. Zwischenmusik | Strauß
16. Galopp |

Anfang 20 Uhr Ende 22 Uhr
I. Rang und I. Sperrst. 7 M.

Freitag, 25. Nov.: Freitagn.
Sa. 26. Nov.: Zuerstmal:
Ein Trauerspiel.

Gesellschaft für geistigen Aufbau

Mittwoch, 30. November, abends 8 Uhr
im Eintrachtsaal

Thomas Mann

liest aus eigenen Werken.

Mitglieder Eintritt frei. Karten für Nichtmitglieder von 3 M. aufwärts. Mitglieder der Gesellschaft für deutsche Bildung, (Theaterkulturverband), der Kantengesellschaft, des Kaufm. Vereins und Studierende erhalten Ermäßigung. Vorverkauf ab Samstag, den 19. November, bei A. Bielefelds Hofbuchhandlung, Marktplatz (Tel. 281). G. 903

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in Berghausen ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen wurden aufgehoben.

Karlsruhe, den 22. November 1927. D. 3.146
Badisches Bezirksamt Abteilung IV.

Die Stelle eines weiteren

Bürgermeisters

der Stadt Forzheim ist infolge Berufung des bisherigen Inhabers in ein anderes Amt durch Wahl des Bürgerausschusses nach den Bestimmungen der badischen Gemeindeordnung (§ 19 Abs. 2, § 20 ff. der Gemeindeordnung) neu zu besetzen. Forzheim zählt 80 000 Einwohner und ist der Hauptort der deutschen Schindwareninindustrie. Das Arbeitsgebiet umfaßt u. a.: die Leitung des Gemeindegerechts und Mietvereinsamtes, die Stellvertretung des Grundbuchamtsvorstandes, die Erhaltung von Rechtsgutachten, das Dezernat über Wohlfahrtspflege. G. 921

Befoldung: Anfangsgehalt 11 550 M., steigend in zweijährigen Zulagen von 330 M. bis zu 13 200 M. Höchstgehalt, dazu die Zuschläge nach den Bestimmungen der Reichsbefoldungsordnung (Ortsklasse A). Die Stelle gewährt Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Etwaige Ansprüche wegen Anrechnung früherer in gleichartiger Stelle zurückgelegter Dienstjahre sind im Bewerbungsverfahren anzugeben. Geeignete Bewerber, die die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst in einem der deutschen Länder erworben haben, insbesondere solche mit gründlicher Erfahrung im Kommunaldienst oder in Kommunalangelegenheiten, wollen ihr Gesuch unter Beifügung eines Lebenslaufes und von Zeugnisabschriften bis zum 15. Dezember 1927 bei dem Unterzeichneten schriftlich mit der Aufschrift „Bewerbung um die Bürgermeisterstelle“ einreichen. Persönliche Vorstellungen sind nur auf besondere Aufforderung erwünscht.

Forzheim, den 21. November 1927.
Der Oberbürgermeister.